

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Rabbani läßt UN-Plan platzen

Fünf Tage vor seinem geplanten Rücktritt im Rahmen eines UNO-Friedensplans erklärte Interimspräsident Rabbani, er fühle sich nicht an die im Plan gesetzten Fristen gebunden und wolle nicht wie vorgesehen am 21. März sein Amt an einen Übergangsrat übergeben. Er und seine Anhänger unterstützten die UN-Friedensvorschläge, aber man warte noch auf eine praktikable Methode der Umsetzung, sagte er auf einer Pressekonferenz in Pakistan. Damit spielte er darauf an, daß die neue Taliban-Miliz bisher nicht in den UN-Plan einbezogen werden konnte. Taliban-Sprecher Mohammed Ghaus hatte bereits am 11. März in Abkehr von seiner bisherigen Position verlangt, daß Rabbani sein Amt niederlegt und die Macht den Taleban überträgt. Eine UN-Mission hat Rabbani damit gedroht, seiner Regierung die Anerkennung als rechtmäßige afghanische Regierung zu entziehen, wenn er nicht wie im UN-Friedensplan vorgesehen zurücktritt.

Drei Massengräber entdeckt

Auf dem Gelände der Medizinischen Fakultät in Kabul wurden Anfang April zwei Gräber mit mindestens 18 Leichen gefunden. Wie der Sicherheitsbeauftragte der Universität bekanntgab, waren alle Leichen nackt, bei einem Teil fehlte der Kopf, andere wiesen Einschußstellen im Schädel auf. Er beschuldigte die schiitische 'Wahdat' der Morde; sie hatte die Universität bis zum Oktober unter ihrer Kontrolle. Bereits wenige Tage zuvor war in Tschahrasjab bei Kabul ein Grab mit 22 Leichen entdeckt worden, deren Hände auf dem Rücken zusammengebunden waren und die ebenfalls alle Kopfschüsse aufwiesen. Nach Angaben aus regierungsnahen Kreisen handelte es sich um 'Wahdat'-Kämpfer, die vermutlich von der Taliban hingerichtet worden waren. Anwohner erklärten, die Taleban hätten die der ethnischen Minderheit der Hazara angehörenden Männer für Gefängniswächter gehalten, die Häftlinge mißbraucht hätten.

Regierung will Normalität

Nach drei Jahren Schließung aufgrund des Bürgerkriegs wurde Anfang April die Universität Kabul wiedereröffnet. Sie hatte der schiitischen 'Hezb-e Wahdat-e Islami' (Partei der islamischen Einheit) als militärisches Hauptquartier gedient und war dann von ihr bereits einmal im September 1994 eröffnet worden. Der Versuch scheiterte jedoch bereits nach wenigen Tagen, weil neue Kämpfe ausbrachen. Ende Oktober nahmen Regierungstruppen das Gelände ein. Vor allem der Bestand der Uni-Bibliothek hat stark gelitten, weil Mudshahedin-Kämpfer die Bücher im Winter als Heizmaterial benutzten.

Afghanistan-Veteranen weltweit

Etwa 20.000 Araber - darunter etwa 3.000 Algerier und 2.000 Ägypter - haben auf Seiten der Mudshahedin am Krieg gegen die sowjetischen Besatzer (1979-89) und das Regime Nadshibullahs (bis 1992) teilgenommen. Das berichtete die britische Zeitung 'The Independent'. Jetzt gingen die Afghanistan-Veteranen in ihre Herkunftsländer zurück und beteiligten sich dort an militärischen Auseinandersetzungen, aber auch Afghanen kämpften als Söldner im Ausland weiter. Dem 'Independent' zufolge sollen sich allein 1.000 in Bosnien aufhalten. Auch Mast Gul, Anführer der Kaschmir-Freischärler, die im Mai einen heiligen Schrein in Charar-i-Sharif besetzt hatten, und der Anführer der Abu-Sayyaf-Gruppe auf den Philippinen, die im April ein Massaker in der Stadt Ipil anrichteten, hätten zuvor in Afghanistan gekämpft.

Flüchtlingsfeindlich

Irans Generaldirektor für Flüchtlingsfragen, Ahmad Hosseini, kündigte Anfang Mai die "Rückführung" von 400.000 afghanischen Flüchtlingen in ihr Heimatland an. Zu diesen Zeitpunkt liefen auch die befristeten Aufenthaltsgenehmigungen lediger afghanischer Flüchtlinge ab. Als weitere Stufe kündigte Hosseini die Ausweisung von Ehepaar-

ren an. Über eine Million Afghanen seien bereits aus dem Iran zurückgekehrt. Bereits im Januar hatte nach Angaben des UNHCR Usbekistans Regierung erklärt, sie betrachte die dort lebenden 8.000 afghanischen Flüchtlinge als "illegal".

"Humanitäre Katastrophe"

Eine "ökologische und humanitäre Katastrophe" bedroht die Provinz Badachschan im Nordosten Afghanistan. Wenn es nicht bald eine "konzertierte internationale Hilfsaktion" gebe, könne sich in dem etwa 45.000 qkm großen Gebiet ein Desaster wie in den 70er Jahren in Äthiopien wiederholen, warnte am 13. Mai der Chef eines gemeinsamen Teams des 'Internationalen Komitees vom Roten Kreuz' (IKRK) und dessen muslimischer Schwesterorganisation, des Roten Halbmondes. Die Hilfsmannschaft hatte ursprünglich Hilfsmaßnahmen für das entlegene Dorf Qarza Luk einleiten wollen, das bereits Ende März von einer Schlammlawine verschüttet worden war. Die Nachricht über das Unglück hatte die 300 Kilometer entfernte afghanische Hauptstadt Kabul erst nach einer Woche erreicht. Das Rettungsteam fand nicht nur das Dorf unter einer zehn Meter dicken Schlammschicht begraben, sondern stellte fest, daß die Gesamtsituation in Badachschan insgesamt desolat ist. Die gesamte Bevölkerung befinde sich "am Rande des Verhungern", hieß es in seinem Bericht, die gesamte Bevölkerung von schätzungsweise einer Million habe "chronische Gesundheitsprobleme". Ursache seien mehrere Mißernten und der seit 1979 andauernde Bürgerkrieg.

Schon 32.000 Kabul-Rückkehrer

Wegen der "zunehmend ruhigeren Lage" sind in jüngster Zeit täglich rund 1.000 Flüchtlinge in die afghanische Hauptstadt Kabul zurückgekehrt. Insgesamt seien es seit Mitte April bereits 32.000 Rückkehrer gewesen, sagte die UNHCR-Sprecherin Christiane Berthiaume am 9. Mai in Genf. Die Versorgung mit Hilfsgütern sei ihren Angaben zufolge in Kabul ebenfalls

gesichert. Die Mehrzahl der Flüchtlinge kommen aus den Lagern bei Dshalalabad, wo 1994 rund 500.000 Afghanen Zuflucht gesucht hatten.

Für gute Beziehungen zu Moskau

Afghanistan ist an einer Verbesse-

rung der Beziehungen zu Rußland und Tadshikistan interessiert. Das erklärte Verteidigungsminister Yunus Qanuni in Kabul, meldete ITAR-TASS Mitte Mai aus Kabul. Die Regierung hoffe auf "Verständnis und Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet". Sie hat damit ein Zeichen der Versöhnung

gesetzt, nachdem im benachbarten Tadshikistan stationierte russische Grenztruppen wiederholt "Vergeltungsschläge" auf afghanisches Gebiet verübt hatten. Beim Bombardement der nordafghanischen Provinzhauptstadt Taloqan waren Mitte April afghanischen Quellen zufolge etwa 125 Zivilisten getötet worden.

Aufstieg und Elend der Taleban

von Thomas Ruttig

Am 21. März begann in Afghanistan das neue Jahr 1374. Wenige Tage vorher sah es noch so aus, als sollte es endlich den von den Afghanen seit langen Jahren ersehnten Frieden bringen.

Ein UN-Team unter dem ehemaligen tunesischen Außenminister Mahmud Mestiri hatte einen Friedensplan ausgearbeitet, der unter anderem vorsah, daß Interimspräsident Burhanuddin Rabbani an eben jenem 21. März sein Amt an einen aus allen Mudshahedin-Parteien sowie (mehr oder weniger) neutralen Exilafghanen gebildeten Übergangsrat transferieren sollte. Außerdem sollte der Rat Wahlen vorbereiten und eine neutrale bewaffnete Truppe aufstellen, unter anderem mit dem Ziel, alle schweren Waffen einzusammeln, um eine Fortsetzung des Blutvergießens zu verhindern. Das schwierigste Problem dabei war, wie diese "neutrale Streitmacht" zu bilden sei. Die Mudshahedin kämen dafür eigentlich nicht in Frage, denn alle gehören zu einer Partei, es herrscht ein tiefes gegenseitiges Mißtrauen.

Gerade zu diesem Zeitpunkt hatte sich in Afghanistan eine neue militärische Kraft etabliert, über deren Herkunft wenig bekannt war: die Taleban (zu ihrer Entstehung siehe Südasien 3/95). Binnen weniger Monate hatte sie fast die gesamte Südhälfte des Landes unter Kontrolle gebracht, und zwar beinahe kampfflos. Ihr eilte der Ruf voraus, neutral zu sein und keine Machtansprüche zu hegen, sondern nur dafür sorgen zu wollen, daß der Krieg jeder gegen jeden zwischen den Mudshahedin von einer "wahrhaft islamischen Regierung" abgelöst werde. Die Bevölkerung Südafghanistans begrüßte die Taleban allerorten als Hoffnungsträger, immer mehr demoralisierte Mudshahedin liefen zu ihnen über. Mitte März standen sie vor Kabul.

Die Sache hatte nur einen Haken: Die Taleban lehnten es ab, sich in den UN-Friedensplan integrieren zu lassen. Sie begründeten das damit, daß sie sich nur mit "wahren Moslems" an einen Tisch

setzen wollten. Die Mudshahedin, die sie als "Mörder und Räuber" bezeichneten, zählten sie nicht dazu.

Präsident Rabbani nutzte die plötzlich wieder unübersichtlich gewordene Lage zu seinen Gunsten. Am 16. März - fünf Tage vor der geplanten Amtsübergabe - erklärte er, er fühle sich wegen "technischer Probleme" nicht an die im UN-Friedensplan gesetzten Fristen gebunden und wolle nun doch nicht wie vorgesehen am 21. März zurücktreten. Er und seine Anhänger unterstützten zwar die UN-Friedensvorschläge, aber er warte noch auf eine praktikable Methode zu seiner Umsetzung; es müsse ein Weg gefunden werden auch die Taleban in den UN-Plan einzubeziehen. Rabbani lehnt es im gleichen Atemzug ab, ein neues Datum für seinen Rücktritt zu nennen.

Obwohl Rabbanis Argumentation sachlich erscheint, verbirgt sich dahinter eiskaltes politisches Kalkül - mit dem Ziel, die eigene Macht zu zementieren. Rabbani war ursprünglich Ende Juni 1992 vorerst für vier Monate zum Interimspräsidenten ernannt worden. In der Folgezeit zeigte er nur wenig Neigung, sein Amt wie vorgesehen weiterzugeben. Zweimal - im Oktober 1992 um zwei Monate und Anfang Januar 1993 gleich um zwei Jahre - ließ er sich von Gremien, in denen seine Anhänger dominierten, die Amtszeit verlängern. Die Zustimmung zum UN-Friedensplan - und damit der tatsächlichen Machtteilung mit den anderen Mudshahedin-Parteien - hatte er erst angesichts des atemberaubenden Taleban-Vormarsches erteilt, und angesichts der Änderung der Bedingungen genauso schnell wieder zurückgezogen.

Dabei konnte er von einer militärischen Position der Stärke ausgehen. Die von seinem Verteidigungsminister, dem

seit dem antisowjetischen Widerstandskampf legendären Ahmad Schah Massud, kommandierten Truppen bereiteten den Taleban vor Kabul eine erste militärische Niederlage. Die Taleban hatten Anfang März nach bewährtem Muster versucht, in der afghanischen Hauptstadt ausgebrochene Kämpfe zwischen den Truppen Massuds und der verfeindeten Schiiten-Partei 'Hezb-e Wahdat-e Islami' (Partei der Islamischen Einheit) für den eigenen Vormarsch zu nutzen. Sie überredeten erfolgreich die offensichtlich unterliegende Seite, die 'Wahdat', ihre Positionen an die Taleban zu übergeben. Danach verlangten sie dasselbe von den Regierungstruppen. Die lehnten jedoch ab.

Nach Tagen der Verhandlungen kam es dann zum Kampf und nach zehn Tagen schwerer Gefechte gelingt es den Regierungstruppen am 19. März, die Taleban vollständig aus ihren Positionen in Kabul zu verdrängen und die gesamte Hauptstadt unter Kontrolle zu nehmen. Die Taleban verlieren auch ihren wichtigsten Stützpunkt vor Kabul, die Stadt Tschahrasjab.

Neben der schiitischen 'Wahdat' hatten die Taleban auf ihrem Vormarsch auch die 'Hezb-e Islami' (Islamische Partei) des Gulbuddin Hekmatyar - bis dahin der erbitterteste Rivale des Interimspräsidenten Rabbani - entscheidend militärisch geschwächt. Da die Regierungstruppen schließlich auch die Mudshahedin der lange mit Rabbani verbündeten, dann aber in einer Fehleinschätzung der Lage zu den Taleban übergelaufenen Mudshahedin der 'Harakat-e Enqelab-e Islami' (Bewegung der Islamischen Revolution) des Muhammad Nabi Muhammadi schlagen konnten, ist Kabul seither erstmals seit dem Sturz des sowjetisch unterstützten Präsidenten Nadshibullah im April 1992